

Bezugspreise
für Halle monatlich bei zweimonatlicher
Anstellung 7.50 Mark, vierteljährlich
21.00 Mark, durch die Post 2.50 Mark
zusätzlich Aufstellungsgebühr. Be-
stellungen werden von allen Reichs-
postämtern angenommen. Sem-
antlich, Zeitungsergebnis unter
Einschaltung eingetroffen. Für
unreichte eingegangene Mon-
atspreise wird keine Gewähr übernom-
men. Nachdruck nur mit der
Genehmigung des Verlegers er-
laubt. Ferner der Geschäftsleitung Nr.
1140, der Anzeigen-Abt. Nr. 1133
u. 7411, der Bezugs-Abt. Nr. 1133

Abend-Ausgabe.

Volks-Zeitung

Vierundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigenpreise:
Die 6 Spalten 34 mm breite Zeilen
unterhalb der ersten Zeile zu 27,
5 mm unterhalb 40 Pf., darunter
die 2 mm breite 11 mm breite Zeile
2.50 Mark. Anzeigen nehmen an
unserer Geschäftsstelle an, samt der
Anzeigenkarte. Erfüllungsort:
Halle. Erhöht täglich 2 mal,
Sonntag und Montag 1 mal.
Schließung und Haus-De-
schäftsstelle: Halle, Neue Dom-
straße 19. Dr. Schulze, 17.
Halle. Geschäftsstellen: Dr. G.
Wirthstr. 52 und Markt 24.
Postfach-Konto Leipzig Nr. 4008.

Nr. 534.

Halle, Sonnabend, den 13. November 1920.

Einzelpreis 30 Pfg.

Noch keine Klärung der Sozialisierungsfrage.

Neue Dierzehnerkommission für den Sozialisierungsvorschlag — Wiederaufnahme des englisch-russischen Handels
Unklare Lage in Rußland — Notifizierung des belgisch-französischen Militärabkommens an den Völkerbund.

Die Offensive des Kommunismus.

Der Streik der elektrischen Männer ist tot, es lebe der Berliner Arbeiterstreik! Desmal sind es nicht 3000 Auszubildende, sondern 20 000, die das häusliche und berufliche Leben der hiesigen Welt bedrängen. Was der Arbeiterstreik für die Beitragszahlungshäuser der Stadt bedeutet, kann man sich nicht traugig genug ausmalen. Säuglinge werden sterben, Kranke werden zugrunde gehen, Gekündete werden krank werden. Die Schrecken der Grippe werden wie Hurien durch die Häuser raufen. In den Bureaus wird man vor Kälte nicht arbeiten können. Diesen lästigen Dingen ist ohne weiteres zu sehen. Die tochtige Kohle kann nicht gleichzeitig in tausenden von Häusern eingetrennt. Auch ist sie für solchen Fall nicht geeignet. Sollten aber die unglücklichen Mieter verjähren, die Kasse im Keller zu bringen, so ist auch gegen diesen Streikbruch vorgezogen. Scharf gilt! Die Herren Hausmeister erklären, daß sie einfach Wasser in die Heizung schicken. Als Antwort, daß der Bourgeois ist, wie man so sagt, zu geschweigen. Aber die Sache ist nicht zum Überdauern. Der Arbeiterstreik stellt sich dar als neuer Aufstieg des linksradikalen, von kommunistischen Elementen herbeigeführten Streikertums. Er gehört zu dem jetzt freilich, das jetzt aus allen Ecken und Enden losbrechen soll. Jede für den zu ammengeordneten Einheitsstreik! Das ist jetzt die Parole, und prompt ruft die kommunistische Betriebsrätegruppe Großberlins für den morgigen Sonntag eine Tagung ein, in der sie eine — Generalaufruf, durchzuführen will. Der Vorwärts, der von der Arbeit der „Wälden“ rechtzeitig Kenntnis erhalten hat, warnt die Betriebsräte, zu der Veranstaltung zu gehen. Einer der ausgehenden Generalaufrufe werde die Arbeiterschaft sich mit allen Mitteln, erwidernfalls auch mit Gewalt widerlegen. Ja, die Arbeiterkraft, die ruhige, besonnenen, ihrer Verantwortung bewußte Arbeiterkraft! Aber die anderen? Die Beger? Die Begeherten? Die Terroristen? In einer Versammlung der mehrheitlich sozialistischen Betriebsräte Berlin wurde jedoch eine Entscheidung gefaßt, die die Arbeiterschaft zu entschlossenen Widerstand gegen jeden Terror auffordert, denn es unterliegt keinem Zweifel, daß ein großer Teil der unter dem Namen „Wälden“ und der Terroristen stehenden Personen zu dem absehbaren Teil der großstädtischen Bevölkerung gehören und von der kommunistischen Partei oder von der Reaktion ausgehen werden. Die Partit des Kommunismus-Strategie ist etwas kampftätig und erinnert an den Oberen Streikereif gegen Arbeiter und Arbeitgeber. Aber man läßt es gerne hingehen, wenn es nur hilft. Der bekannte kommunistische Autor, der sich in der „Neuen Post“ mit den „Wälden des Generalstreiks“ und bekämpft kommunistische Ziele, die Generalstreiks der „Wälden von links“, als der kommunistischen Arbeiterpartei. „Generalstreik ohne die gewaltigen Massen des Proletariats hinter sich, ohne den Willen der Hunderte Tausende ist kein Generalstreik, sondern eine Wagnis...“ Daß die A. W. P. noch immer glaubt, der Generalstreik bestehe aus der „Wälden der „Führer“ und aus der begeisterten Zustimmung einer Verammlung, ist bedauerlich.“ Ganz auch un-erwartete Meinung. Aber Herr Koni will doch nicht bei dem Kampf, der jetzt ansetzt, untätig beiseite stehen. Während des Generalstreiks meint er, war der Sieg der Reaktion im Lager des Proletariats bei den Generalstreik, und den mit den Generalstreik verbundene, sich sozialistisch nennenden Partei. Wir müssen in den Generalstreik alle Kräfte zusammenfassen, um die gesellschaftlichen Organisationen in den Kampf solcher revolutionären Kämpfe zu ziehen. Das kann sein und kann geschehen im Gang jeder einzelnen revolutionären Aktion. Es konnte geschehen im Gang dieses Kampfes der elektrischen Arbeiter und wird geschehen müssen in jedem kommenden Kampfe. Nicht Abkündigung in den Generalstreik über jeden Bogenkampf einer besonderen Gruppe, sondern im Augenblick der entscheidenden Aktion Kampf in den Generalstreik um die Unterstützung der streikenden Arbeiter mit allen Mitteln, nicht nur moralisch, nicht nur finanziell, sondern mit allen übrigen.“ Das genügt doch wohl, und alle, die den letzten Niederbruch des Wirtschaftsliebens und die Offenheit des Kommunismus verhindern wollen, müssen jetzt auf dem Wollen sein: Die Generalstreik, das Bürgertum und die Regierung.

Das Sozialisierungsproblem.

Der Unterausschuß des Reichswirtschaftsrates setzte am Freitag die Beratung der beiden von der Siebenerkommission erstellten Gutachten zur Sozialisierungsfrage fort. Herr U. B. Reich (Arbeitnehmer) erinnert an die Besprechung der Regierung zur Sozialisierungsfrage; auch die Ausführungen des Herrn Sinnes über die Möglichkeit eines Weges zu gemeinsamer Arbeit erkennen. Die Schaffung der Wirtschaftseinheit, die Schaffung der Kleinrenten und die Auswahl der Tätigen sind den sozialen Forderungen entgegenzunehmen. Es liegen uns nun zwei Vorschläge vor, von denen der erste aber in der wenig gemeinsinnigliche Gedanken verrate. Der Kleinrentenplan sei z. B. nur geeignet, den Privatbesitz zu schützen. Die Kleinrentenorganisation ist mehr geeignet,

unter Interesse zu ermeden. Der vorgeschlagene Plan erscheint daher nicht geeignet, die Arbeit zu lösen auf den Aufgaben der Sozialisierung zu entschließen. Neben alles müssen dem gesellschaftlich-n Gedanken mehr Konzeptionen genad: werden

Herr Pöschler (Arbeitnehmer): Der Gehalts der Schaffung von Kleinrenten kommt reichlich spät. Vor 15 Jahren hätte man damit bei den Arbeitern noch Einwirkung machen können. Heute ist dieser Schritt unangenehm. Die Schätze des Landes gehören der Allgemeinheit ist. Nach dem Entwurf beschäftigt man ein Berufsprivat. Man will einen riesigen Konern auf privatkapitalistischer Grundlage aufbauen. Auf diesem Wege ist keine Verwirklichung möglich.

Chefredakteur Georg Bernhardt bedeutet, daß der Inhalt beider Vorschläge mit dem Geist, der aus der Einleitung spreche, wenig in Einklang zu bringen lie. Das eine Gutachten lasse die Gedanken der Gemeinwirtschaft, das andere den Gedanken einer veränderten Dezentralisierung vermischen. Das Gesamtgewerbe müsse zusammengefaßt werden und hier müßten die tüchtigen Unternehmer an die Spitze gestellt werden, um besser ökonomisieren zu können. andere auch zu sozialisieren. Eine stärkere und planmäßigere Dezentralisierung ist nötig, das sei nicht durch einzelne Konzeptionen, sondern nur durch eine Umformung des Eigentumsverhältnisses nach der Seite des Arbeiters hin möglich.

Dr. Walter Rathenau: Es war zu begrüßen, daß hier der Begriff der Planwirtschaft als der maßgebende für die gesamte Wirtschaft anerkannt worden ist. Wir der horizontalen Gliederung erreichen wir einen Kollektivismus, der die Kräfte der Arbeiter vom Aufbau der Gesamtheit nutzbar macht. Die Kleinrenten hat keine allzu große Bedeutung. Der sozialen Aufgaben kann man sich dadurch nicht entziehen. Ich lehne sie aber nicht ganz und gar ab. Herr Dr. F. Werber: Unsere Arbeiter denken anders über die Bedeutung der Kleinrenten als die Berliner! Die Verbindung der vertikalen mit der horizontalen Ordnung wird unsere Wirtschaft zu neuer Blüte bringen.

Herr Dr. Bögl: In dem Vorhinein ist nicht ein Wort von einer vertikalen Aufstellung entfallen. Gerade das Gegenteil ist richtig, wir betrachten als Grundlage gerade das, was Herr Rathenau als das Wichtige hinführt. Wir fangen allerdings nicht beim Dach an, sondern beim Grundstein. Was haben wir Ihnen denn zum Nachdenken hingegeben? Die Überlegung, daß heute die Mehrheit der Bevölkerung — ich glaube, ich übertriebe nicht, wenn ich sage 90 Prozent — die Kohle in einer Form besitzt, die verwertete Kohle darstellt. Gas, Eisenbahn, Elektrizität, Hausstrom haben heute über 45 Prozent. Wir Anrechnung des Anteils der Kohle bleiben für das ganze übrige Deutschland nur noch 50 Prozent, am Maßstab der Ruhrkohle gerechnet. Die R. W. E. hat heute rund 1 Milliarde Kilowattstunden, rund 150 000 Arbeiter werden in den angeschlossenen Werken beschäftigt. Bisher sind die Städte von Bonn bis Cleve und nur 20 bis 25 Prozent ins Privatkapital. Es ist absolut falsch, wenn man die Wirtschaft nach der horizontalen Fläche betrachtet. Die großen Kraftmagnaten haben ihre Papiere zurückgehalten aus Anhänglichkeit an den Staat. Der Gemeinwirtschaft durch Zusammenfassung der Industriewerte soll die Möglichkeit gegeben werden, die Kohle als Eigentum zu erwerben. Gerade den verkehrten aber Industrieren wollen wir ja die Kohle so billig wie möglich verkaufen. Wir haben den ersten Schritt zum horizontalen Aufbau getan, indem wir die wichtige Kohle der Allgemeinheit zur Verfügung gestellt haben. Wir beabsichtigen doch hier nicht über ein Beispiel hin aber einen Vorschlag der Regierung, sondern über einen Weg zur Förderung unserer Kolonnenwirtschaft, die von der anderen Wirtschaft nach unten festhalten unternehmbar ist. Wenn von den rund 150 Milliarden jährlich röhre 5 Prozent, also 7 1/2 Milliarden, durch die Kleinrenten den Werten zur Verfügung gestellt würden, welche Bedeutung würde das für die Werte haben. Ich habe mich mit Arbeitern aller Schattierungen hierüber in erhalten und sie haben mir gesagt, über die Kleinrenten lasse sich reden. Der Vorschlag 1 enthält die Möglichkeit eines Wirtschaftsprogramms nicht nur für die Kolonnenwirtschaft, sondern für die gesamte Wirtschaft. Gegen Sie ist nun nicht ungenau zu sein.

Herr Kaufmann (Konsumvereine) steht in den Reihen der Vorschläge eine Grundlage und bietet die Herren Dr. Silberberg, Sinnes und Direktor Böglere einen detaillierten Plan auszuarbeiten, der im einzelnen auf die im Laufe der Debatte geäußerten Anregungen und Abenden eingehe.

Herr Walter (Christl. Gewerkschaft) beantragt nachmalige Bildung einer Kommission zur weiteren Erörterung.

Herr J. I. (Sandw. Arbeiter) nimmt dem Mehrheitsvorschlag zu und bescheidet dem Vorschlag Werner als ein Unglück für unser Volk. Nebenher schließt mit der Erwartung, daß die Aktien auch dem Handwerker zugänglich gemacht würden.

Herr Kaufmann (Konsumvereine) beantragt, die Weiterarbeit an die Siebenerkommission zurückzuverweisen, die entsprechend zu verfahren sei.

Dieser Antrag wird angenommen. Damit schließt die Debatte.

Es werden noch sieben Herren in die Kommission zugewählt, die ebenfalls wieder in Essen tagen wird.

Die Abänderungen der Danziger Konvention.

Die dem Warschauer Außenministerium nachstehende „Korrekturen“ ist in der Lage, die abgeänderte Konvention mitzuteilen, in denen die Vorkonventionen in entgegenkommener gegenüber den polnischen Wünschen bewiesen hat, wodurch sich die Position Danzigs noch weiterhin verfestigt. Die Modifikationen sind größtenteils erstreckt sich auf die „Korrekturen“ in polnischen Sinn. Zunächst haben die Polen durchgesetzt, daß die Selbständigkeit der Danziger Handelsflotte ganz wesentlich eingehrängt wurde. Während im ursprünglichen Konventionentwurf Danzig das Recht hatte, seine Handelsflotte ohne fremde Kontrolle zu registrieren, darf Polen nunmehr auf Grund der Abänderung eine eigene Registrierbehörde in Danzig errichten. Auch ist Danzig verpflichtet, die polnischen Behörden jederzeit Einsicht in die Danziger Schiffsregister zu nehmen zu lassen. Schließlich soll Danzig seine Schiffsregisterführung weitgehend der polnischen anpassen. Ferner bringen die Abänderungen eine Verklärung der polnischen Zollhoheit über Danzig. Den Polen ist die Befugnis zuerkannt worden, bei den Danziger Zollbehörden polnische Inspektoren zu unterstellen. Die Danziger Behörden sind verantwortlich für strenge Durchführung der polnischen Zollgesetze. In allen Sprache Rechtsrechtlich. Zollzahlung kann auf Antrag nunmehr auch in polnischer Währung erfolgen. Ferner hat sich der „Danziger Ausschuss für den Hafen und die Wasserwege“ einige Abänderungen gefallen lassen müssen. Einmal erlaubt beide Teile ein Einpruchsrecht gegen Beschlüsse des Ausschusses. Ferner soll für den Fall, daß ein Schiffe aus dem Ausschussvorsitzenden bestimmt wird, dessen Amtsdauer nur drei Jahre laufen dürfe. Am wichtigsten aber sind nach den Mitteilungen des Warschauer Blattes die Veränderungen bezüglich der Verwaltung der Eisenbahnen. Sie sichern Polen in der Tat die volle Beherrschung der Danziger Eisenbahnen, und zwar nicht nur in bezug auf Führung und Verwaltung, sondern auch auf ihre Ausbeutung. Wie man sieht, haben die Polen alle Ursache, mit ihnen in Paris erreichten Erfolgen zufrieden zu sein. Doch scheinen sie immer noch weitgehende Ambitionen zu haben. So sagte der polnische Generalkonmissar in Danzig, Reichardt, in einer Untredung, daß Polen die Sicherstellung der ihm zugekannten Rechte nur dadurch erlangen könne, daß ihm das Recht zugebilligt werde, bewaffnete Kräfte im Gebiet des Festlandes zu unterhalten. „Es jetzt haben wir volle Kontrolle über die Güter, Eisenbahn und die gesamte diplomatische Vertretung erreicht. In Wirklichkeit sind unsere Wünsche, die den Hafen betreffen, nicht erfüllt worden. Es wird jedoch an uns selbst liegen, ob wir den Einsicht, der uns in der Konvention in den Hafenangelegenheiten zuerkannt ist, auszunutzen verstehen werden.“

Die Lage in Rußland.

Die Meldungen aus Rußland häufen und widersprechen sich. Der „Zeit Pariser“ erzählt, daß in Moskau doch eine Generalrevolution ausgebrochen sei. Die Sowjetregierung habe diese in blutiger Weise unterdrückt. In den Straßen der Stadt lie mehrere Tage lang mit Geschützen geschossen worden. Aus Stockholm wird gemeldet, daß D. J. Persinski augenblicklich der absolute Herrscher in Moskau sei. Er hat dem Zentralrevolutionäremittelle einen Bericht unterbreitet, in dem er erklärt, daß es ihm gelungen sei, eine weitverzweigte weiße Aufstandsbewegung zu haben, die in allen roten Militärbesatzungen ihre Stütze und Agenden habe. Die Wirtungen der Revolution hätten die Macht an sich zu reißen, sobald die roten Truppen gegen Wrangel abmarschieren. Die Polizei ist insofern verhärtet worden. Derselbe erklärte ferner, daß es ihm gelungen sei, die Aufbruchsbewegung niederzuschlagen, um ihrer aber ganz Herr zu werden, verlange er vom Verteidigungskomitee absolute Vollmachten, die noch über die hinausgehen, die sonst der Jahreswirtschaftsamt eingeräumt sind. Das Exekutivkomitee sprach D. J. Persinski sein Vertrauen aus und gab ihm absolute Vollmacht über Leben und Tod eines jeden Moskauer Bürgers. In einer darauf folgenden Nachsichtigung unterhalte das Exekutivkomitee die Maßnahmen, die nötig sind, um die Gegenrevolution völlig niederzuschlagen.

Ein Junkspruch aus Moskau meldet, daß die Volkswellen bei der Verfolgung der schlagenden Wrangelarmee über Potoschiff hochziehen. Reich erzählt, haben. Die Wirtungen der Revolution haben nur noch Tageweise von Schokoladen entfernt. Das Hauptquartier Wrangels hat Jalta studiert verlassen. Die Volkswellen haben bis jetzt sechs Armeen gegen Wrangel in den Kampf geworfen. Neuerdings führen sie schwere Artillerie in großen Mengen gegen Wrangel vor. Sie soll vor allen Dingen zur Beschließung von Galtzow dienen.

Demgegenüber wird aus Seltzingsdorf gemeldet, daß der Ministerialrat der roten Sabazmeyer, deren Befehle groß

